

Gestern noch gegen TTIP und heute der Aufschrei gegen Donald Trumps Strafzölle auf Aluminium und Stahl

TTIP-Ablehnung und Klagen über Strafzölle: Zwei Seiten einer Medaille

Machen wir uns nichts vor, zu rechnen war doch schon früher damit: Strafzölle der USA gegen Produkte aus Europa. Trump hat's doch angekündigt!

Die gleichen Menschen (und Medien), die der EU-Kommission das Recht abgesprochen haben, einen Handelsvertrag mit den USA (die sogenannte Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft, TTIP) zu verhandeln, fordern jetzt ein Einschreiten der EU.

Es ist doch immer das gleiche Spiel! Erst wenn die Mitgliedstaaten nicht mehr weiterkommen, rufen sie nach „Europa“. Das war bei der Bewältigung des Flüchtlingsstroms so, beim Bewältigen der Bankenkrise, beim Bekämpfen von Umweltsünden und so weiter. Klar, Trump

spielt mit dem Feuer, wenn er so Weltpolitik macht. Die negativen Auswirkungen eines sektorübergreifenden Handelskrieges sind kaum zu überschauen. Und sie werden früher oder später auch die Trump-Wähler treffen.

Die EU-Kommission wird keine andere Wahl haben, als mit scharfen Gegenmaßnahmen zu reagieren, was die Spirale der Eskalation befeuert. Dabei wäre es in Wahrheit im Interesse aller Seiten, einen freien und offenen Weltmarkt zu fördern. Ich bin mir sicher, die „America first“-Maßnahmen helfen auch der amerikanischen Wirtschaft nur auf kurze Sicht und sie schwächen bereits mittelfristig ihre Wettbewerbsfähigkeit. Die Suppe mit den verheerenden Konsequenzen werden andere auslöffeln müssen. Allerdings erst in einigen Jahren.

Tacho-Manipulation an Kraftfahrzeugen verhindern heißt Verbraucherrechte stärken

„Ein europäischer Car-Pass könnte Betrügern das Handwerk legen“

Laut Polizei-Schätzungen ist jeder dritte Gebrauchtwagen in Deutschland von Tacho-Betrug betroffen.

Tacho-Manipulation ist eine kriminelle Handlung mit gravierenden Auswirkungen auf Verkehrssicherheit, Umweltschutz und Verbraucherrecht. Deswegen setze ich mich schon lange für den europäischen „Car-Pass“ ein, der einen grenzüberschreitenden Austausch der Tacho-Daten eines jeden Autos in der EU gewährleisten und damit Tacho-Betrüchern das Handwerk legen würde. Die Europäischen Verbraucherschutzzentralen unterstützen diese Bestrebungen. Für die Tacho-Manipulationen gibt es unterschiedliche Gründe. Zum einen erhoffen sich Betrüger, dadurch die Fahrzeuge zu höheren Preisen zu verkaufen.

Zum anderen gibt es Leasingnehmer, die versuchen, den hohen Nachzahlungen bei Nichteinhaltung der vereinbarten Laufleistung zu entgehen.

Seit Jahren geht Belgien mit dem „Car-Pass“ bereits erfolgreich gegen Tacho-Manipulation vor. Dort werden die Kilometerstände aller Fahrzeuge bei einer einzigen Organisation zentral gespeichert. Die Organisation bekommt die Daten unter anderem von Autofachhändlern, Werkstätten, Reifenhändlern, technischen Kontrollstellen oder Pannenhelfern zur Verfügung gestellt. So entsteht für jedes Fahrzeug eine Historie zur aktuellen Laufleistung. Jeder Gebrauchtwagenverkäufer ist zur Vorlage des Car-Passes verpflichtet. Ich setze mich dafür ein, dieses System auf ganz Europa zu übertragen.

Aus dem Europäischen Parlament

Vorstoß des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) in Richtung einer durchgehenden Mobilität

„An Rückenwind für den VDV wird es nicht mangeln“

Mobilität ist ein Grundrecht, für das wir alle Verantwortung tragen. Die Digitalisierung ist auch in meinem Kernbereich, dem Verkehr, zu einem unverzichtbaren und zentralen Thema geworden.

Sie ist unerlässlich für alle Entwicklungen bezüglich Sicherheit, Nachhaltigkeit, Zugänglichkeit für alle und Effizienz. Wir erkennen es beinahe tagtäglich: der Individualverkehr stößt an seine Grenzen. Ein Wandel muss her! Das kombinierte Reisen mit verschiedenen Verkehrsträgern (Taxi, Bus, Bahn, Schiff, Flugzeug etc.) wäre eine Lösung. Doch die Planung und Durchführung solcher, vor allem deutschlandweiter Reisen ist noch immer viel zu kompliziert und risikobehaftet.

So ist es leider bis heute nicht möglich, Fahrplaninformationen unterschiedlicher Verkehrsmittel in Echtzeit zu erhalten, von der Nutzung verschiedener Verkehrsmittel

mit nur einem einzigen Ticket und der Koordinierung von Verkehrsangeboten will ich gar nicht reden. Zum einheitlichen multimodalen Ticket hatte ich schon 2015 einen Vorschlag verfasst, der eine große Mehrheit im EU-Parlament fand. Er machte auch auf die bestehende Lücke bei der Zusammenarbeit zwischen einzelnen Verkehrsverbänden aufmerksam.

Ich freue mich sehr, dass der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) sich meine Vorschläge zu Herzen genommen hat und mit öffentlichen sowie privaten Partnern eine Initiative auf dem Weg bringt, die den Traum vieler Menschen, nämlich Reisen ohne Stress, Wirklichkeit werden lässt. Deshalb habe ich gemeinsam mit dem VDV zu diesem Thema sehr gern eine Veranstaltung im EU-Parlament organisiert. Der VDV stellte dort seine Initiative „Mobility Inside“ vor.

Ziel von „Mobility Inside“ ist die Integration der gesamten öffentlichen Verkehrsbranche sowie die Möglichkeit ergänzender Angebote, in Form von Car Sharing oder Bike Sharing. Mit einer App wird es den Bürgerinnen und Bürgern in den kommenden Jahren möglich sein, das deutschlandweite Angebot zur Personenbeförderung einzusehen und dort auch entsprechende Tickets zu kaufen. Diese Initiative ist ein wichtiger Schritt in Richtung einer durchgehenden Mobilität mit einem einzigen Fahrschein. Besonders erfreulich war das überdurchschnittliche Interesse vieler meiner Kollegen aus dem Parlament. An Rückenwind für den VDV wird es also nicht mangeln! Wenn Sie Mobilitätsanbieter sind, sollten sie sich beteiligen.



EU-Globalisierungsfonds

2,1 Millionen Euro für entlassene Goodyear-Mitarbeiter

Knapp 650 ehemalige Beschäftigte des 2017 geschlossenen Reifenwerks von Goodyear im baden-württembergischen Philippsburg sollen 2,1 Millionen Euro Unterstützung aus dem EU-Globalisierungsfonds bekommen. Das Geld ist für Weiterbildungsmaßnahmen und zur Unterstützung eigener Firmengründungen gedacht. Ausgezahlt werden kann es aber erst nach Zustimmung der EU-Staaten und dem Europäischen Parlament. Das Aus für

das Reifenwerk in Philippsburg mit knapp 900 Beschäftigten, dem größten Arbeitgeber der Region, war Ende April besiegelt worden. Hintergrund waren laut EU-Kommission Überkapazitäten bei bestimmten Reifentypen aufgrund starker Konkurrenz aus Asien. Der EU-Globalisierungsfonds wurde 2007 ins Leben gerufen, um Arbeitnehmer zu unterstützen, die aufgrund der Globalisierung ihren Job verloren haben.

Aus dem Europäischen Parlament

EU-Haushalt für die Jahre 2021-2027

„Noch mal so eine Panne, dann stehen die Prognosen noch düsterer“

Im sogenannten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) sind die jährlichen Höchstbeträge festgelegt, die die EU in verschiedenen Bereichen ausgeben kann. Am 2. Mai wird die EU-Kommission ihren Entwurf für die Jahre 2021-2027 vorstellen.

Damit hält die Brüsseler Behörde den Zeitplan ein. Ob das auch für die Mitgliedstaaten gilt, die dem MFR ebenso wie das EU-Parlament ihren Segen geben müssen, bleibt allerdings abzuwarten. Der laufende MFR (2014-2020) wurde 2013 mit etwa sechs Monaten Verspätung verabschiedet. Das hatte üble Konsequenzen, unter anderem konnte Griechenland nicht auf EU-Mittel zurückgreifen, um sich auf die Migrationskrise 2015 vorzubereiten. Dementsprechend schlecht waren die Notunterkünfte und die Bedingungen zur Aufnahme von Flüchtlingen (die dann nach Deutschland weiterzogen!). Außerdem konnten etwa 25.000 bis 30.000 der für 2014 geplanten Erasmus-Auslandsaufenthalte von Schülern, Studenten und Lehrern nicht stattfinden.

Wenn den Mitgliedstaaten diesmal wieder so eine Panne passiert, stehen die Prognosen noch düsterer: Hunderttausende junger Menschen könnten im Jahr 2021 nicht von einem Erasmus+-Austausch profitieren. In der Forschung steht der Verlust von monatlich etwa 5000 Arbeitsplätzen auf dem Spiel und mehr als 100.000 EU-finanzierte Projekte in den Bereichen Unternehmensförderung, Energieeffizienz, Gesundheitsversorgung, Bildung und soziale Inklusion könnten nicht planmäßig anlaufen.

Von Infrastrukturprojekten wie dem Weltraumprogramm „Galileo“ oder der Hochgeschwindigkeitsverbindung „Rail Baltica“, die die fünf Millionen Menschen in den baltischen Staaten mit dem Rest Europas verbindet und Güterströme von Finnland nach Deutschland, in die Benelux-Staaten und in den Adria-Raum ermöglichen wird, will ich mal gar nicht reden. Deswegen kann ich nur hoffen, dass sich die Mitgliedstaaten ihrer Verantwortung bewusst sind und sich diesmal an den Zeitrahmen halten!

Services e-Card: Beschäftigungsausschuss will handwerkliche Fehler der EU-Kommission nicht ausbügeln

Angst vor der eigenen Courage oder Sieg der Bequemlichkeit?

Die Idee wird allerorts begrüßt: Digitalisierung und Entbürokratisierung bei der Antragstellung von Selbständigen sowie kleinen und mittleren Unternehmen bezüglich der Erbringung von Dienstleistungen im europäischen Ausland.

Als Mittel sollte die Einführung einer Europäischen Elektronischen Dienstleistungskarte (Services e-Card) dienen. Doch der Antrag zur Ablehnung des EU-Kommissionsvorschlags erhielt im Beschäftigungsausschuss eine Mehrheit. Der Entwurf enthält zugegebenermaßen eine Reihe von Schwachstellen, ja sogar Widersprüche zur geltenden Rechtslage und setzt die Mitgliedstaaten bei der Bearbeitung von Anträgen unter zeitlichen Druck. So sollten Genehmigungen automatisch als erteilt gelten, wenn ein Antrag nicht binnen einer bestimmten Zeit bearbeitet worden ist.

Hierin sahen auch deutsche Behörden einen Eingriff in ihre Kompetenzen und machten Druck auf uns Abgeordnete.

Dass in begründeten Fällen ein Entzug der Genehmigung zu jeder Zeit möglich sein sollte, haben sie genauso wenig erkannt, wie die Tatsache, dass die Services e-Card einen freiwilligen Charakter haben sollte. Die meines Erachtens guten Kompromissvorschläge der Berichterstatterin kamen nicht einmal zur Abstimmung. Die Mehrheit meiner Kolleginnen und Kollegen im Beschäftigungsausschuss hat sich geweigert, die Verbesserungsvorschläge auch nur abzustimmen.

Es bleibt also erst einmal alles beim Alten. Anträge zur Dienstleistungserbringung im EU-Ausland müssen in der jeweiligen Muttersprache des „Aufnahmelandes“ gestellt werden. Bei welcher Institution, das muss mühselig ermittelt werden. Jedes Land hat sein eigenes, unübersichtliches System. Ich baue nun auf meine Kollegen im federführenden Binnenmarktausschuss, die Ende März über den EU-Kommissionsvorschlag zur Einführung einer Europäischen Elektronischen Dienstleistungskarte abstimmen werden.

Profilierungssucht der regionalen Politik macht Bestrebungen der EU zunichte, in besserem Licht dazustehen

„Die schlichte Wahrheit ist: 80 Prozent der Summe kommt von der EU“

Das Theater Erfurt erhält zwei Millionen Euro aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) um seine Bühnentechnik zu erneuern.

Das Projekt wird zusätzlich mit jeweils 250.000 Euro vom Land Thüringen und der Stadt Erfurt kofinanziert. Mit dem Geld will das Theater die in die Jahre gekommene Bühnensteuerung erneuern. Leider war in der Thüringer Presse kaum ein Wort davon zu lesen, dass das Gros der Mittel aus europäischen Fördertöpfen stammt. Stattdessen zitiert die Thüringer Allgemeine den Oberbürgermeister der Stadt Erfurt, Andreas Bausewein (SPD), mit den Worten: „Wenn es hilft, dass ich sorgenvoll schaue und sich dann die Taschen des Landes öffnen, werde ich das künftig öfters tun“, zeigte sich Erfurts OB ob des freistaatlichen Geldsegens recht aufgeräumt.“ Ob man hier von einem freistaatlichen oder nicht doch lieber vom europäischen Geldsegen reden sollte, sei dahingestellt. Aber mit Sicherheit hat der Geldsegen nichts mit Bauseweins „sorgenvollem“ Gesicht zu tun, sondern schlicht mit der Tatsache, dass es einfach nur dumm gewesen wäre, eine EU-Fördersumme von zwei Millionen Euro in den Wind zu schlagen. So billig kommt die Stadt Erfurt nie wieder zu ihrer neuen Bühnentechnik!

Aber ich kreide diese „halbe Wahrheit“ nur zum Teil den Journalisten an. Die Pressemitteilung der Staatskanzlei ist hinsichtlich der Fakten, woher das Geld stammt, schließlich nicht sehr präzise. Selbst eingefleischte Kenner der

Szene sitzen scheinbar dem Irrglauben auf, die 2,5 Millionen kämen fast ausschließlich vom Land. So schreibt der Erfurter SPD-Stadtrat und Vorsitzende des Kulturausschusses, Dr. Wolfgang Beese, auf der Homepage seiner Fraktion: „Die Bühnentechnik im Erfurter Haus hat den Anschluss an die Zeit verloren. Hier besteht seit einiger Zeit dringender Investitionsbedarf. Umso mehr begrüße ich es, dass es der Stadt gelungen ist, eine 90-prozentige Förderung durch den Freistaat einzuwerben. Die Mittel stammen im Wesentlichen aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) sowie aus den Haushalten von Land und Stadt.“ Welche Mittel meint er? Die Stadt ist an der 90-prozentigen Förderung nicht beteiligt. Also meint er die Gesamtmittel? Dann ist der letzte Satz zwar korrekt, widerspricht aber der Aussage davor.

Liebe Leserinnen und Leser, ich bin wahrlich kein Korinthenkacker! Aber genau diese Ungenauigkeiten führen dazu, dass die Europäische Union nur selten in einem positiven Licht erscheinen kann. Die schlichte Wahrheit ist: 80 Prozent der Gesamtsumme kommt von der EU, der Rest von Stadt und Land. Warum kann man das nicht auch so formulieren? Wir EU-Abgeordnete mühen uns täglich, den Menschen die Vorzüge der EU nahezubringen – und dass wir Bürgerinnen und Bürger nicht nur an „die EU“ zahlen, sondern von ihr auch viel zurückbekommen. Auf lokaler und regionaler Ebene werden diese Bestrebungen aus reiner Profilierungssucht leider aber immer wieder zunichte gemacht!

Erfolgsgeschichten und Fallstricke bei der Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland

Infoveranstaltungen: Wie gewinnt man internationale Fachkräfte?

Die Personalsuche in Nachbarländern gestaltet sich für Betriebe schwieriger als in der heimischen Region. Im Rahmen dreier Veranstaltungen in Weimar (13. März), Gotha (5. Juni) und Leinefelde-Worbis (16. Oktober) informiert die Industrie- und Handelskammer (IHK) zu den allgemeinen Aspekten der Vermittlung von ausländischen Fachkräften. Zudem stellen verschiedene lokale Akteure ihr spezifisches Angebot vor und erläutern mögliche Vorgehensweisen. Dabei werden nicht nur Erfolgsge-

schichten präsentiert, sondern auch Fallstricke erörtert. Interessierte Unternehmen können sich einen Überblick zu verschiedenen Projekten verschaffen und haben die Gelegenheit, mit den Akteuren in direkten Kontakt zu treten. Als Referenten stehen Fachexperten der IHK, des Europa-Service-Büros und der Zentralen Auslands- und Fachvermittlung der Bundesagentur für Arbeit (ZAV) zur Verfügung. Mehr Informationen und Anmeldung unter: <http://bit.ly/2FpeSRY>

Service und Termine

★ Seminar zu „Europa für Bürgerinnen und Bürger“

Die EU Service-Agentur Sachsen-Anhalt informiert am 27. April in Magdeburg in einem kompakten Seminar über die Ziele und Möglichkeiten des Förderprogramms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (EfBB). Es werden Vergabekriterien geklärt und Empfehlungen zur Antragstellung gegeben. Das Programm EfBB ist eines der wenigen EU-Förderprogramme, das „ganz unten“ bei den Menschen vor Ort ansetzt. Durch Austausch der Bürgerinnen und Bürger, also der untersten, doch tragenden Ebene der Demokratie, soll das Programm zu einem solidarischeren, demokratischeren und friedlicheren Europa beitragen. Das Seminar richtet sich vor allem an Kommunen, Partnerschaftsvereine und andere Organisationen, die einen Antrag zur Einreichfrist am 3. September stellen wollen. Die Teilnehmerzahl ist auf 20 begrenzt, Anmeldefrist ist der 19. April. Mehr Infos unter: <http://bit.ly/2le11IT>

★ Jugenddemokratiepreis

Der Jugenddemokratiepreis der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) steht 2018 unter dem Motto »Halte der Demokratie den Spiegel vor! – Dein Projekt zur Stärkung der Demokratie«. Zum zehnjährigen Jubiläum des Preises lädt die bpb Schüler- und Jugendgruppen dazu ein, selbst entwickelte Projekte einzureichen. Der Jugenddemokratiepreis ist mit 3000 Euro dotiert. Bewerbungsschluss ist der 15. April. Infos unter: <http://bit.ly/2BTo6Hb>

★ „Proof of Concept“-Hilfen für deutsche Forscher

Der Europäische Forschungsrat (ERC) hat 58 Projekte, darunter zehn aus Deutschland, bekanntgegeben, die Zuschüsse dafür erhalten, ihre Pionierforschung zur Marktreife zu bringen. Damit erhöht sich die Zahl der deutschen Projekte, die über eine sogenannte „Proof of Concept“-Hilfe gefördert werden, auf 86 seit dem Start dieses Finanzhilfe-Instruments im Jahr 2011. Die „Proof of Concept“-Hilfen sind Teil des EU-Programms für For-

schung und Innovation „Horizont 2020“. Sie betragen bis zu 150.000 Euro und richten sich an Forscher, die das Marktpotenzial ihrer wissenschaftlichen Entdeckungen untersuchen. Zu den geförderten deutschen Projekte gehört unter anderem das von der Ruhr-Universität Bochum zu Nitrat-Biosensoren, mit denen Landwirte durch den besseren Einsatz von Düngemitteln mehr Erträge erwirtschaften können, sowie ein Projekt der TU München zu Testmethoden für Hautkrankheiten, die letztlich die Diagnose und Behandlung der Patienten verbessern werden.

★ Förderfonds des Deutschen Kinderhilfswerks

Noch bis zum 31. März können sich Initiativen, Vereine und Projekte der Kinder- und Jugendarbeit bei den Förderfonds des Deutschen Kinderhilfswerks bewerben. Mit der Förderung soll die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen, insbesondere die Beteiligungsmöglichkeiten, verbessert werden. Infos unter: <http://bit.ly/2tqVL8H>

★ eTwinning-Preis für Projekte zum Kulturerbe

Anlässlich des Europäischen Kulturerbejahrs hat die EU-Kommission in diesem Jahr einen speziellen eTwinning-Preis für Projekte ausgeschrieben, die sich mit dem kulturellen Erbe auseinandersetzen. Um sich zu beteiligen, können sich Lehrkräfte bis zum 30. Juni um das Nationale eTwinning-Qualitätssiegel bewerben. Weitere Informationen erhalten Sie unter: <http://bit.ly/2FxpEce>

★ Forschung zu künstlicher Intelligenz

Eine neue Förderinitiative der VolkswagenStiftung zielt auf die verantwortungsvolle Weiterentwicklung von Systemen im Bereich „Künstliche Intelligenz“ ab. Interdisziplinäre Forschungsverbände in den Gesellschafts- und Technikwissenschaften können sich um bis zu 1,5 Millionen Euro für bis zu vier Jahre bewerben. Der erste Stichtag für Anträge ist der 5. Juli. Mehr Infos unter: <http://bit.ly/2FuXETg>

Für Sie in Europa

Impressum

Dr. Dieter-L. Koch, MdEP
Europabüro
Frauenplan 8
99423 Weimar

Tel. 03643 50 10 07
Fax 03643 50 10 71
www.europaabgeordneter.eu
info@europaabgeordneter.eu
www.facebook.com/europaabgeordneter



CDU